

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

### Polizeieinsatz in Ludwigshafen und Speyer anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Die Rhein-Zeitung berichtet in ihrer Ausgabe vom 7. Juli 2017 über erhebliche Klagen von Polizeibeamten im Kontext ihres Einsatzes in Ludwigshafen und Speyer anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Altbundeskanzler Helmut Kohl. Für die aus dem Bereich des Polizeipräsidiums Koblenz hinzugezogenen Beamtinnen und Beamten sei weder quantitativ und qualitativ ausreichend für eine Versorgung mit Getränken und Speisen gesorgt worden, noch sei eine geordnete und angemessene Einteilung der ortsfremden Polizeikräfte erfolgt. Zudem seien die geltenden Lenkzeiten überschritten worden. Insgesamt sei der Einsatz personell überplant gewesen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung im Kontext des o. a. Einsatzes Beschwerden von Polizisten vor?
2. Wie bewertet die Landesregierung die in o. a. Artikel dargestellten Vorgänge und Vorwürfe, und in welchen Fällen sind diese zutreffend?
3. Wie viele ortsfremde Polizisten wurden zu diesem Einsatz hinzugezogen?
4. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus möglichen Fehlern bei der Einsatzplanung und Versorgung?

Matthias Lammert